Die Gewerkschaftsführer bereiten den Krieg vor

War es im Weltkrieg 1914—1918 richtig, Wilhelm II. und den deutschen Kapitalismus zu unterstützen? Richtet die Frage an irgendeinen sozialdemokratischen Arbeiter im Betrieb oder auf der Stempelstelle und er wird sagen: Nein, wir hätten versuchen müssen, durch Streiks zu Hause und Aktionen im Felde, durch die Revolution den Krieg viel früher zu beenden.

Heute sehen viele SPD.-Arbeiter, daß damals die Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften den Massen einen falschen Weg gezeigt haben. Nur — die Nutzanwendung dieser Erfahrung für die heutige Zeit ziehen sie nicht.

Die Gewerkschaftsführer waren 1914 nicht „so dumm", daß sie den Charakter des Krieges nicht erkannten. Sie wußten, worum es ging! Am 25. April noch hieß es in einem Manifest der deutschen Sozialdemokratie: „Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkitzel der Gewalthaber, den imperialistischen Profitinteressen geopfert werden... Die herrschenden Klassen, die euch im Frieden knebeln, verachten, ausnützen, wollen euch als Kanonenfutter mißbrauchen. Ueberall muß den Gewalthabern in die Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg!"

Aber sie taten nichts, um in den Betrieben den Kampf gegen den Krieg, gegen die Herstellung von Kriegsprodukten zu organisieren. Dafür organisierten sie die „Ruhe in den Betrieben", die die Gewalthaber zur Durchführung des Krieges brauchten.

Sozialdemokrat Nestriepke erzählt in seinem Buch „Die Gewerkschaftsbewegung" (zweiter Band): „Als mit dem Krieg als einer unabänderlichen Tatsache gerechnet werden mußte, beschloß eine Konferenz der Verbandsvorstände am 2. August 1914 in Berlin sofort den Abbruch aller Lohnkämpfe und die Sistierung der Auszahlung weiterer Streikunterstützung. . . Und in einem Schreiben an den General Groener, das die Generalkommission mit den Leitungen der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Zentralen gemeinsam unterzeichnete, bestätigte sie im Jahre 1917 noch einmal ihre mit der des Generals Groener („ein Hundsfott, der streikt") übereinstimmende Auffassung: ‚Arbeitseinstellungen in der gegenwärtigen Stunde sind zu vermeiden'."

Sie haben ihr Wort gehalten! Der „Burgfriede" wurde streng respektiert. Karl Liebknecht, der den revolutionären Kampf gegen den Krieg organisierte, wanderte an die Front, Rosa Luxemburg wurde eingestandenermaßen auf sozialdemokratische Denunziationen hin verhaftet.

1914 noch wurde die Freiheit des Arbeitsvertrages und die Freizügigkeit aller Arbeiter aufgehoben, die Landarbeiter unter Zwangsgesetz gestellt. Bald folgte die Arbeitsdienstpflicht für alle Arbeiter, die nicht im Felde standen, durch das berüchtigte Hilfsdienstgesetz. Wie die Gewerkschaften die Zwangsarbeit begrüßten, beweist ein Artikel von Klara Bohm-Schuch im „Vorwärts" vom 26. November 1916: „. . . es wäre im Interesse der Frauen besser gewesen, wenn die Zeit nun einmal die Zivildienstpflicht erfordert, auch sie unter dieses Gesetz zu stellen".

Arbeitsdienstpflicht und Streikverbot! Die Gewerkschaften haben beides voll gebilligt und unterstützt. General Groener schilderte im Münchener Dolchstoßprozeß eine Unterredung mit Haase, dem Führer der Unabhängigen im April 1917:

„Der Schluß war, daß Haase mir in die Hand versprach: ‚Ich werde dafür sorgen, daß am 1. Mai unter keinen Umständen gestreikt wird.' Er bat mich aber, über diese Besprechung und seine Versprechung zu schweigen, weil er sonst in den Reihen seiner eigenen Partei kompromittiert werden könnte . . . Der Streik fand nicht statt."

Als aber die Leichenberge im Feld und zu Hause sich türmten, Not und Hunger immer größer wurden, da konnten die Streiks nicht mehr verhindert werden. Da stellten sich die Gewerkschaften an die Spitze, um — die Kämpfe abzuwürgen.

Ebert erklärte im Magdeburger Prozeß nach dem Bericht des „Vorwärts" vom 10. Dezember 1924: „Der Streik der Munitionsarbeiter Berlins ist im Januar 1918 ohne Zutun und ohne Einvernehmen mit der Sozialdemokratischen Partei ausgebrochen . . . Maßgebend war dabei (beim Eintritt in die Streikleitung) für die Parteileitung, zu verhüten, daß durch den Streik die Interessen der Landesverteidigung geschädigt würden, und durch Verhandlungen mit der Regierung zu versuchen, ihn möglichst schnell zum Abschluß zu bringen."

Scheidemann sagte im Magdeburger Prozeß nach dem Bericht des „Vorwärts" vom 12. Dezember 1924 aus: „Wären wir damals nicht in das Streikkomitee gegangen, würde das Gericht heute nicht mehr hier sitzen, genau so, wie wir 1918 russische Verhältnisse verhindert haben."

Ja, es stimmt: „Russische Verhältnisse" haben die SPD.- und Gewerkschaftsführer 1918 für Deutschland verhindern können. Das ist das Verbrechen am Proletariat, dessen wir sie beschuldigen. Denn „russische Verhältnisse" 1918 hätten dem deutschen Proletariat faschistische Verhältnisse von 1932 erspart.

Heute sehen es Millionen: Keine Krise, keine Arbeitslosigkeit, kein Faschismus — sondern Arbeit und Brot für alle, Stadt und Land frei von Nazimordbanden, alle Macht in den Händen der Arbeiter, das sind die „russischen Verhältnisse" 1932, die die Sowjetunion von allen Ländern der Welt unterscheiden.

Daß 1914 bis 1918 die Gewerkschaftsführer den Massen nicht den richtigen Weg zu Freiheit, Brot und Arbeit gezeigt haben, — diese Erkenntnis haben viele Arbeiter.

Aber es kommt darauf an, zu begreifen, daß sie auch heute nicht den richtigen Weg zeigen, daß sie heute an einem neuen, noch entsetzlicheren Kriegsverbrechen sogar aktiv mithelfen.

Die Luft ist so kriegsschwanger wie 1914. Der Faschismus wirkt in Deutschland als Motor des neuen imperialistischen Krieges, der sich insbesondere gegen die Sowjetunion richten wird. Gegen den Faschismus haben die Gewerkschaften jedoch Streikverbot herausgegeben.

Aber lassen die Gewerkschaftsführer ihre Hetze gegen die Sowjetunion? Keineswegs.

Organisieren heute die Gewerkschaftsführer den Kampf gegen den Krieg? Nein, sie rühmen sich sogar ihrer „Vaterlandsverteidigung" von 1914, sie übertrumpfen den „Angriff" in nationalistischem Rummel, sie bewilligen jeden Heeresetat sowie Millionen für Panzerkreuzer.

Wo immer es geht, leugnen sie die Kriegsgefahr ab oder erklären das deutsche Proletariat nicht daran interessiert, was 5000 Kilometer weit weg im Fernen Osten vor sich geht. Andererseits aber fördern sie direkt die Stimmung „Krieg bringt Arbeit" durch solche Aussprüche wie Urichs: „Auch Granatendrehen ist eine Arbeit" oder wie des Führers der Eisernen Front Bezuz in Elberfeld: „Wir wollen froh sein, daß im Fernen Osten der Krieg ist, das kann uns nur von Nutzen sein. Nach meinen eigenen Informationen ist Solingen bereits mit starken Aufträgen versehen. Hauptsache ist, wir bekommen dadurch Arbeit." Die Amsterdamer Transportarbeiter-Internationale hat durch den Mund Edo Fimmens abgelehnt, die Verhinderung von Kriegstransporten zu proklamieren, wie es die RGI. getan hat. Die sozialistischen Gewerkschaften Japans haben ebenso wie die deutschen 1914 einen Burgfrieden mit ihrer Bourgeoisie geschlossen und auch Streikverbot für die Rüstungsbetriebe herausgegeben, die mit Hochdruck die Vernichtungswerkzeuge für die Mandschurei, die Mongolei und — die Sowjetunion herstellen.

Jede Aktion gegen den drohenden imperialistischen Krieg lehnen die Gewerkschaftsführer ab. Die Amsterdamer Internationale hat ebenso wie die 2. Internationale sogar abgelehnt, sich an dem von Henri Barbusse und anderen ehrlichen intellektuellen Kriegsgegnern einberufenen Antikriegskongreß in Amsterdam zu beteiligen.

Die Gewerkschaftsführer spielen ihre Rolle von 1914 konsequent weiter. Die Arbeiter, die die durch die faschistische Herrschaft in Deutschland verzehnfacht drohende Kriegsgefahr bekämpfen wollen, müssen sich der Antifaschistischen Aktion anschließen.

Anweisung an die Berliner Delegierten

zum Antikriegskongreß in Amsterdam

Der Internationale Kampfkongreß gegen den imperialistischen Krieg findet am 27. und 28. August in Amsterdam statt. Die am Freitag, dem 26. August, eintreffenden Delegierten mögen sich im Holländischen Komitee für die Vorbereitung des Kongresses, Adresse: Sekretär Neter, Amsterdam, Prinsengracht 1083, II. Etage, melden. Von Sonnabend, dem 27. August, morgens ab wenden sich die Delegierten an das Empfangskomitee auf dem Kongreß selbst.

Der Tagungsort des Kongresses ist: RAJ. Gebouw-Halle der Fahrrad- und Automobilindustrie, Ferdinand-Bol-Straat.

Jeder Delegierte hat das Fahrgeld und die Verpflegungskosten für sich aufzubringen. Das Amsterdamer Empfangskomitee sorgt für Unterkunft und Verpflegung. Einen Anspruch auf freie Unterkunft und freie Verpflegung hat jedoch keiner der Delegierten. Das Komitee ist auch nicht in Ausnahmefällen in der Lage, finanzielle Unterstützungen irgendwelcher Art zu gewähren. Die Kosten für Verpflegung und Unterkunft in Amsterdam betragen für die Dauer von zwei Tagen 15 bis 20 Mark, über die der Delegierte verfügen muß.

Berliner Delegierte fahren Gesellschaftsreise, d. h. sie genießen Fahrpreisermäßigung bei mehr als 15 Personen 25 Prozent, bei mehr als 51 Personen 33⅓ Prozent vom Gesamtfahrpreis. Teilnehmer, die auf Lastautos fahren, machen wir darauf aufmerksam, daß Holland den Personenverkehr auf Lastautos nicht zuläßt. Nur Reiseomnibusse können bis nach Amsterdam ungehindert fahren. Von der holländischen Grenze ab werden also diese Teilnehmer ebenfalls die Eisenbahn benutzen müssen. Delegierte aus Berlin oder der Provinz Brandenburg nehmen an der Gesellschaftsreise von Berlin aus teil. Folgende Bedingungen müssen jedoch bereits erfüllt sein:

1. Genaue Adressenmeldung der Delegierten bis Mittwoch, 24. August, abends, bei dem Berliner Meldebüro für Kongreßdelegierte, Walter Friedrich, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 48, III.

2. Pünktliche Einsendung des Fahrgeldes und Kongreßbeitrages, für Berliner Delegierte etwa 50 Mark auf das Postscheckkonto Berlin 46 015, Dr. Felix Bönheim oder direkt an das Berliner Meldebüro bis Mittwoch, 24. August. Für Kongreßdelegierte gilt die Fahrpreisermäßigung erst ab Berlin, wenn sie zum angegebenen Termin das Geld eingesandt haben.

3. Die Delegierten fahren in zwei Gruppen ab Berlin, und zwar verläßt die erste Gruppe Berlin mit dem fahrplanmäßigen D-Zug Hannover—Köln—Amsterdam am 26. August, um 8.42 Uhr, ab Fernbahnhof Friedrichstraße. Treffpunkt: Zugsperre, Fernbahnhof Friedrichstraße, Punkt 8 Uhr morgens.

Die zweite Gruppe fährt 22.39 Uhr ab. Treffpunkt: 22 Uhr, Zugsperre, Bahnhof Friedrichstraße.

Jeder Delegierte muß im Besitz eines gültigen Reisepasses für In- und Ausland sein. Visumzwang für Holland besteht für Reichsdeutsche nicht.

Das ist die Internationale der Kriegsverbrecher!

Teilnahme am Antikriegskongreß „Verletzung der sozialistischen Disziplin"!

Die „Arbeiter-Zeitung" (Wien) veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom 23. August einen Aufruf gegen den Kampfkongreß gegen den imperialistischen Krieg am 27. August in Amsterdam. Sie beschimpft die international bekannten und anerkannten intellektuellen Einberufer des Antikriegskongresses, den sie „eines der üblichen kommunistischen Einheitsfrontmanöver" zu nennen beliebt. Die „Arbeiter-Zeitung" verweist auf die ablehnende Haltung, die der Internationale Gewerkschaftsbund und die II. Internationale auf die Einladung Romain Rollands eingenommen haben und schreibt zum Schluß:

„Der Parteivorstand hat daher festgestellt, daß die Teilnahme einzelner Genossen an diesem Kongreß oder an der Propaganda für diesen Kongreß eine Verletzung der internationalen sozialistischen Disziplin wäre."

Um die ganze Niedertracht zu würdigen, muß man wissen, daß das gleiche Organ am 21. August für den bürgerlich-pazifistischen „Weltfriedenskongreß" der Kriegstreiber mit folgender Notiz Propaganda machte:

„Wie das hiesige internationale Friedensbüro mitteilt, findet der 29. Weltfriedenskongreß vom 4. bis 9. September in Wien statt. Auf diesem Kongreß soll auch die Frage der Revision der Friedensverträge angeschnitten werden. Zu diesem Thema liegen bis jetzt zwei Berichte angesehener Völkerrechtslehrer vor, nämlich des französischen Professors Georges Scelle und des deutschen Professors Wehberg."

Maschinengewehrfeuer gegen Antikriegskundgebung in Brasilien

Neuyork, 24. August. In Rio de Janeiro ist eine Kundgebung gegen den Krieg mit Maschinengewehrfeuer aufgelöst worden. Mehrere Arbeiter wurden getötet. Ueber Rio de Janeiro wurde daraufhin der Belagerungszustand verhängt.

In Bahia ist ein Studentenaufstand ausgebrochen. In Santos soll es zu Unruhen und Straßenkämpfen gekommen sein.

In den aufständischen Südstaaten ist eine heftige Schlacht bei Tanha im Gange.

Streikende Bergarbeiter verurteilt

Brüssel, 24. August. Die belgische Regierung führt jetzt Massenprozesse gegen die streikenden Bergarbeiter durch, um auf diese Art die Streikfront zu brechen. 20 Bergarbeiter, die sich geweigert hatten, Notstandsarbeiten zu leisten, wurden zu je acht Tagen Gefängnis verurteilt. 22 Arbeiterinnen und Arbeiter wurden wegen ihrer Jagd auf Streikbrecher zu Gefängnisstrafen von 8 Tagen bis zu 4 Monaten, insgesamt zu 16½ Monaten und zu tausenden Franken Geldstrafe verurteilt. Es stehen Massenprozesse wegen der Zusammenstöße mit Streikbrechern und Polizei bevor.

Bewegung der internationalen Solidarität und aktive Hilfe muß den heroischen Kampfgeist der belgischen Kumpels erhalten! Ihr Kampf gegen Lohnraub, für Lohnsteigerung ist ein Kampf für die internationale Arbeiterschaft.

Es sind weitere Sammelbeträge eingegangen:

Roter Bergarbeiter-Verband Tschechoslowakei 4000 Kronen, Unitaire Bergarbeiter Fédération Frankreichs 2320 Franken, Reichserwerbslosenausschuß Deutschlands 50 Mark, Ortsausschuß der Erwerbslosen Danzig 8,50 Mark. Steigert die Sammlung für die belgischen Kumpels.

Polnische Polizei knallt hungernde Arbeitslose ab

Schwere Unruhen bei Kattowitz

Kattowitz, 24. August. Die Polizei hat in der Nähe der Agnes-Hütte bei Bittkow eine großangelegte blutige Aktion gegen die Arbeitslosen unternommen. Schon seit Monaten haben die keine Unterstützung beziehenden polnischen Bergarbeiter auf den Zechengeländen in Notschächten Kohlen abgebaut, um nicht Hungers zu sterben. Gestern plötzlich umzingelten Polizeitruppen die Zeche und knallten die Arbeitslosen wie Hasen in den Schächten ab. Die Zahl der Toten und Verletzten ist noch nicht bekannt, soll aber sehr groß sein. Im ganzen Gebiet herrscht ungeheure Erregung. Die Unruhen dauern noch an.

„Vorwärts" als Sprachrohr der Pilsudski-Polizei

Ein Sonderkorrespondent in Warschau erhält aus führenden Kreisen der illegalen Kommunistischen Partei Polens:

Der „Vorwärts", das Zentralorgan der SPD., veröffentlicht in seiner Nummer vom 24. August eine von der Defensiva (der politischen Polizei Polens) inspirierte und in der faschistischen polnischen Presse veröffentlichte schmutzige Verleumdung gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung in Polen, und das in einem Moment, wo der polnische Faschismus neue Galgen aufrichtet.

Nach dieser idiotischen Achtgroschenlüge sollte ein gewisser Nikolaus Baranow (ein Individuum, welches der KP. Polens vollkommen fremd und unbekannt ist), angeblich als Vertrauensmann der Komintern, Mitglied des Kommunistischen Parteivorstandes sein und bei der politischen Polizei Pilsudskis „Schutz" gesucht haben vor den „Mißständen" in der Kommunistischen Partei Polens (!).

Diese provokatorische Verleumdung ist von A bis Z aus schmutzigen Spitzelfingern gesogen. Der verbrecherische Sinn dieser Hetze des polnischen Faschismus, dem das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands freiwillige Dienste erweist, ist die Diskreditierung der illegalen Kommunistischen Partei Polens, die im Zeichen des revolutionären Aufstiegs einen immer größeren Einfluß auf die Arbeiter und Bauern gewinnt. Vor der deutschen Arbeiterklasse und insbesondere den sozialdemokratischen Arbeitern prangern wir an, daß das Zentralorgan der SPD. den Verbrechern des polnischen Faschismus freiwillige Hilfe leistet.

★

Es ist nicht das erstemal, daß der „Vorwärts" die Geschäfte ausländischer Faschistenregierungen gegen die kommunistische Bewegung besorgt. Als vor anderthalb Jahren die rumänische ‚Siguranza' die Meldung verbreitete, die „rumänische KP. sei von der Komintern aufgelöst" worden, stand die faustdicke Lüge prompt am nächsten Tage im „Vorwärts".

‚Siguranza' und ‚Defensiva' können darauf bauen, daß das Zentralorgan der SPD. auch ihren schmutzigsten Lügen gegen die Kommunisten die Spalten öffnet.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Alfred Kendrick, Berlin; für Anzeigenteil und Geschäftliche Mitteilungen: Gustav Bode, Berlin. Druck und Verlag: Vereinigte Zeitungsverlage GmbH., Berlin, Kleine Alexanderstraße 28. Fernruf: Sammelnummer C 1. Berlin 8483